

# Pflichtaufgabe Kultur - wäre Fluch oder Segen?

Kulturkonferenz mit klaren Anforderungen an ein Thüringer Kulturfördergesetz

**Kulturschaffende, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker aus ganz Deutschland hatten sich am 19. und 20. Juni auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Apfelstädt im Landkreis Gotha zur Konferenz „KULTUR [mit Plan] FÖRDERN“ versammelt.**

Die gemeinsame Veranstaltung mit dem Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. hatte sich zur Aufgabe gesetzt, klare Anforderungen an ein Thüringer Kulturfördergesetz zu erarbeiten. Seit Jahren fordert die Landtagsfraktion unter Federführung der kulturpolitischen Sprecherin Dr. Birgit Klaubert ein solches Gesetz, welches Kultur aus dem Joch der Freiwilligkeit hebt und zur Pflichtaufgabe macht. Laut Birgit Klaubert sei dies auch ein erster Schritt, die mitunter prekär entlohnenden Kulturschaffenden endlich aus einem Rechtfertigungszwang zu befreien und ihnen mehr Freiraum und Planungssicherheit für den kreativen Prozess zu ermöglichen.

Um soziale und kulturelle Teilhabe ging es vor allem am ersten Tag der Zusammenkunft, an dem es neben Einschätzungen aus den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg auch um die Idee der Kulturloge e.V. ging. Die Begründerin und 1. Vorsitzende des Bundesverbandes Hilde Rektorscheck war extra aus Marburg angereist, um den interessierten Gästen ihre Idee zu erläutern. Die Kulturloge hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen als Kulturgäste einzuladen und ihnen kostenfreie Karten für Theater, Museen, Konzerte und auch für Kinovorstellungen zu vermitteln, ohne dass sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation stigmatisiert werden. Dieses Teilhabemodell hat mittlerweile auch in Thüringen Einzug gehalten.

Doch dass es solcher Initiativen überhaupt bedarf, ist auch Zeugnis der

verqueren Situation der bundesdeutschen Kulturlandschaft, wo der Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Publikumsbedürfnissen gelingen muss. In Thüringen gibt es viel kulturelles Erbe und immense kreative Impulse, die alle ihre Berechtigung haben und für den „Kitt“ in unserer Gesellschaft sorgen.

Dieser Meinung war auch der Hauptreferent des zweiten Konferenztages, Prof. Max Welch Guerra von der Bauhaus-Universität Weimar, der sich als Raumplaner mit dem Begriff der Kul-

turlandschaft auseinandersetzt und unter anderem resümierte: „Wer die Kulturlandschaft Thüringens nicht vom ländlichen Raum her denkt, macht etwas grundlegend falsch, denn die Stärke des Landes ist das gesamte Land und nicht nur die Städte.“

Im Anschluss an eine angeregte Diskussion begaben sich die über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für über zwei Stunden in eine intensive Workshop-Phase. Das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. diskutierte die



Foto oben: Angeregte Diskussion mit Hilde Rektorscheck von der Kulturloge e.V. aus Marburg (2.v.r.).

Foto unten: Vortrag von Prof. Max Welch Guerra, Bauhaus-Universität Weimar, zum Begriff der Kulturlandschaft.



Frage, ob eine Pflichtaufgabe Kultur eher Fluch oder Segen für die Kommunen wäre. Der Rudolstädter Theaterintendant Steffen Mensching diskutierte gemeinsam mit Dr. Birgit Klaubert die Frage nach Konkurrenz oder Synergien zwischen öffentlich geförderten Kultureinrichtungen und der freien Szene Thüringens und Hendrik Neukirchner von Provinzkultur e.V. aus Suhl beriet gemeinsam mit der Kulturwissenschaftlerin Katja Mitteldorf die Frage nach der besonderen Situation des ländlichen Raumes.

Am Ende entstand ein beachtlicher Anforderungskatalog, der die Grundlage eines Gesetzentwurfes werden kann. Die genauen Eckdaten will die Fraktion in einer Pressekonferenz Ende Juli vorstellen.

Katja Mitteldorf

## VON A BIS Z:

### Flut-Abschiebestopp

Im Mai sind zahlreiche Balkanländer von einer der schlimmsten Flutkatastrophen heimgesucht worden. Angesichts der dramatischen Situation hatten die Landtagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE dem Landtag einen Dringlichkeitsantrag für einen sofortigen Abschiebestopp vorgelegt. Obwohl die SPD-Landtagsfraktion diesen Abschiebestopp zum Weltflüchtlings-tag selbst eingefordert hatte, wurde die dringliche Behandlung des Antrags verweigert.

Astrid Rothe-Beinlich (Grüne) dazu: „Dieses Verhalten kann ich nur janusköpflich nennen. Der Abschiebestopp ist nötig, weil in den betroffenen Gebieten menschenwürdige und sichere Lebensbedingungen sowie angemessene Wohnverhältnisse derzeit und auch absehbar nicht garantiert werden können“. Sabine Berninger (LINKE): „Wir befürchten, dass sich die ohnehin mangelhafte Wohn- und Lebenssituation insbesondere der Minderheitenangehörigen der Roma, Ashkali und Balkanägyptern – und gerade derer, die zurückgeschoben ohnehin vor dem Nichts stehen – durch die Flutfolgen noch weiter manifestiert. Die Menschen sind jetzt auf unsere Hilfe angewiesen. Weitere Abschiebungen in die chaotischen Verhältnisse sind unmenschlich und mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Thüringen muss seine humanitäre Verantwortung für die hier lebenden Asylsuchenden endlich wahrnehmen, und zwar über schöne Worte in Pressemitteilungen hinaus.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten planmäßigen Plenarsitzungen in dieser Legislaturperiode finden in der Zeit vom 16. bis 18. Juli statt.

### Fachkonferenz:

„Arbeit und Teilhabe in Thüringen“, so das Thema der Fachkonferenz, zu der die Landtagsfraktion DIE LINKE und die Rosa Luxemburg Stiftung am 4. Juli, 10 bis 16 Uhr, in die Rosensäle der Friedrich-Schiller-Universität Jena einladen. Im Zentrum steht die Diskussion um Maßnahmen und Strategien für Gute Arbeit, gegen prekäre Beschäftigung.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Bienenschutz

Die Ausschuss-Anhörung zum LINKE-Antrag „Bienenschutz grundlegend verbessern!“ hat gezeigt, so die Abgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright, „ein Netzwerk blühender Landschaften unter Einbeziehung von landwirtschaftlichen, forstlichen und kommunalen Flächen zu schaffen, ist der richtige Weg, um die Nahrungsgrundlage der Bienen und anderer Bestäuber zu verbessern. Auch der chemische Pflanzenschutz muss zielgerichtet reduziert werden. Dass sich inzwischen auch der Bauernverband diesem Thema nicht mehr verschließt, ist erfreulich und richtungsweisend. Denn Bestäuberschutz und die Förderung unserer Bienenbestände sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

## Lehrkräfte

Als „unsäglich“ bezeichnete es MdL Dirk Möller, dass die CDU der überfälligen Anpassung der Lehrergehälter ihre Zustimmung verweigert hat. Die SPD solle sich „nicht länger auf dieses unerträgliche Machtspiel auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer einzulassen“. Die Ungleichbehandlung von Grundschullehrkräften mit und ohne DDR-Lehramtsausbildung muss schnellstens beendet werden. Dadurch, dass sich die CDU der Ausschuss-Debatte verweigert hat, steht die Anpassung der Gehälter erneut auf der Kippe. „DIE LINKE hat einen eigenen Antrag eingebracht, bei dem die Anpassung nicht stufenweise vorgenommen werden soll, sondern sofort in vollem Umfang“, so der Abgeordnete.

## Grubenunglück

Mit großer Betroffenheit haben die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Informationen über das Grubenunglück im nordthüringischen Sollstedt aufgenommen. Bei einer Inspektion der stillgelegten Kali-Grube ist gestern ein Gutachter verschüttet und ums Leben gekommen. Ein weiterer Mann wurde bei dem Unglück verletzt. „Unser aufrichtiges Beileid und unser Mitgefühl gehören der Familie und den Freunden des beim Grubenunglück Verstorbenen“, sagte Bodo Ramelow, LINKE-Fraktionsvorsitzender, nach der Fraktionssitzung am 25. Juli. Dem verletzt geretteten Mann wünschte namens der Fraktion Bodo Ramelow baldige Genesung und gute Besserung.